

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Wohnungspolitischen Stillstand beenden – jetzt den Neustart wagen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird in Anbetracht der aktuellen Situation aufgefordert, die Chance für einen glaubwürdigen und nachhaltigen Neustart seiner Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik zu ergreifen und neue Wege für Berlin einzuschlagen.

Um den akuten Problemen wirksam zu begegnen, sind insbesondere folgende Ansätze zu verfolgen:

- ein breit aufgestelltes Bündnis für Wohnen mit möglichst allen Partnern der Bau- und Wohnungswirtschaft zur Stabilisierung der Bestandsmieten und der Beschleunigung des Wohnungsneubaus
- Stärkung der Programme zur Förderung von Modernisierungsmaßnahmen, wobei der geförderte Anteil an der Modernisierung nicht auf die Miete umgelegt werden darf
- Planung und Errichtung neuen Wohnraumes in serieller und modularer Form, insbesondere bei der Errichtung neuer Wohngebäude durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften
- Entwicklung eines neuen Berliner Quartiersmodells als Ersatz für das bisherige „Berliner Modell“ der kooperativen Baulandentwicklung. Das Modell soll die nachhaltige Entwicklung stabiler Kieze gewährleisten.

- Einführung eines berlinweiten, serviceorientierten Bauflächenverzeichnisses, in dem Potentialflächen ausgewiesen werden, auf denen eine Bebauung (einschließlich einer zusätzlichen Bebauung oder eines Geschossausbaus) grundsätzlich möglich sind
- Einführung eines „Berliner Mietergeldes“ als Subjektförderung für Mieterinnen und Mieter, die untere oder mittlere Einkommen beziehen
- Förderung von Wohneigentum und die Erleichterung der Eigentumsbildung für Familien

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Oktober 2020 zu berichten.

Begründung:

Die derzeitige Situation bietet dem Senat die einmalige Chance, seine Wohnungspolitik neu auszurichten. Nach verfehlten Neubauzielen, einer verfassungswidrigen Neuregelung zur Mietendeckelung und zunehmend investitionsfeindlichen Bedingungen ist es an der Zeit, in der Stadtentwicklung neue Wege einzuschlagen.

Die Neubesetzung der Führung der zuständigen Senatsverwaltung muss daher nicht nur personell, sondern auch inhaltlich neu ausgerichtet werden. Mit den genannten Ansätzen können Fehler der Vergangenheit bereinigt, neue Wege für Berlin eingeschlagen und die wachsende Metropole Berlin auf die Zukunft vorbereitet werden.

Berlin, 12. August 2020

Dregger Evers Gräff Melzer
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU